

ErwGr

Erwägungsgründe

- 1 Datenschutz als Grundrecht
- 2 Wahrung der Grundrechte
- 3 Versuchte Harmonisierung der Datenschutzvorschriften durch die RL 95/46/EG
- 4 Einklang mit anderen Rechten
- 5 Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zum Datenaustausch
- 6 Gewährleistung eines hohen Datenschutzniveaus trotz Zunahme des Datenaustausches
- 7 Rechtsrahmen und Vertrauensbasis durch Sicherheit und Kontrolle
- 8 Übernahme in nationale Rechtsvorschriften
- 9 Unterschiedliche Schutzstandards durch die RL 95/46/EG
- 10 Gleichwertiges Schutzniveau trotz nationaler Spielräume
- 11 Gleiche Befugnisse und Sanktionen
- 12 Ermächtigung des Europäischen Parlaments und des Rates
- 13 Berücksichtigung von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen
- 14 Keine Anwendung auf juristische Personen
- 15 Technologieneutralität
- 16 Keine Anwendung auf Tätigkeiten der nationalen und gemeinsamen Sicherheit
- 17 Anpassung der VO (EG) Nr. 45/2001
- 18 Keine Anwendung auf den persönlichen oder familiären Bereich
- 19 Keine Anwendung auf die Strafverfolgung
- 20 Kein Einfluss auf die Unabhängigkeit der Justiz
- 21 Verantwortlichkeit von Anbietern reiner Vermittlungsdienste bleibt unberührt
- 22 Verarbeitung durch eine Niederlassung
- 23 Anwendung auf Verarbeiter außerhalb der Union bei gezieltem Anbieten an Betroffene innerhalb der Union
- 24 Anwendung auf Verarbeiter außerhalb der Union bei Profilerstellung von Betroffenen innerhalb der Union
- 25 Anwendung auf Verarbeiter außerhalb der Union aufgrund völkerrechtlicher Bestimmungen
- 26 Keine Anwendung auf anonymisierte Daten
- 27 Keine Anwendung auf Daten Verstorbener
- 28 Einführung der Pseudonymisierung
- 29 Pseudonymisierung bei demselben Verantwortlichen
- 30 Online-Kennungen zur Profilerstellung und Identifizierung
- 31 Keine Anwendung auf Behörden in Ausübung ihres offiziellen Auftrages
- 32 Einwilligung
- 33 Einwilligung zur wissenschaftlichen Forschung
- 34 Genetische Daten
- 35 Gesundheitsdaten
- 36 Festlegung der Hauptniederlassung
- 37 Unternehmensgruppe
- 38 Besonderer Schutz der Daten von Kindern
- 39 Grundsätze der Datenverarbeitung
- 40 Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung
- 41 Rechtsgrundlagen und Gesetzgebungsmaßnahmen
- 42 Beweislast und Erfordernisse einer Einwilligung

- 43 Zwanglose Einwilligung
- 44 Vertragserfüllung oder -abschluss
- 45 Erfüllung rechtlicher Pflichten
- 46 Lebenswichtige Interessen
- 47 Überwiegende berechtigte Interessen
- 48 Überwiegende berechtigte Interessen in der Unternehmensgruppe
- 49 Netz- und Informationssicherheit als überwiegendes berechtigtes Interesse
- 50 Weiterverarbeitung
- 51 Besonderer Schutz sensibler Daten
- 52 Ausnahmen vom Verbot der Verarbeitung sensibler Daten
- 53 Verarbeitung sensibler Daten im Gesundheits- und Sozialbereich
- 54 Verarbeitung sensibler Daten zu Zwecken der öffentlichen Gesundheit
- 55 Öffentliches Interesse bei Verarbeitung durch staatliche Stellen für Ziele anerkannter Religionsgemeinschaften
- 56 Verarbeitung von Daten zur politischen Einstellung durch Parteien
- 57 Zusätzliche Daten zur Identifizierung
- 58 Grundsatz der Transparenz
- 59 Modalitäten für die Ausübung der Rechte der Betroffenen
- 60 Informationspflicht
- 61 Zeitpunkt der Information
- 62 Ausnahmen von der Informationspflicht
- 63 Auskunftsrecht
- 64 Identitätsprüfung
- 65 Recht auf Berichtigung und Löschung
- 66 Recht auf Vergessenwerden
- 67 Beschränkung der Verarbeitung
- 68 Recht auf Datenübertragbarkeit
- 69 Widerspruchsrecht
- 70 Widerspruchsrecht gegen Direktwerbung
- 71 Profiling
- 72 Leitlinienkompetenz des Europäischen Datenschutzausschusses bezüglich Profiling
- 73 Beschränkungen von Rechten und Grundsätzen
- 74 Verantwortung und Haftung des Verantwortlichen
- 75 Risiken für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen
- 76 Risikobewertung
- 77 Leitlinien zur Risikobewertung
- 78 Geeignete technische und organisatorische Maßnahmen
- 79 Zuteilung der Verantwortlichkeit
- 80 Benennung eines Vertreters
- 81 Heranziehung eines Auftragsverarbeiters
- 82 Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten
- 83 Sicherheit der Verarbeitung
- 84 Risikoevaluierung und Folgenabschätzung
- 85 Meldepflicht von Verletzungen an die Aufsichtsbehörde
- 86 Benachrichtigung von Verletzungen an die Betroffenen
- 87 Unverzüglichkeit der Meldung/Benachrichtigung
- 88 Format und Verfahren der Meldung
- 89 Entfall der generellen Meldepflicht
- 90 Datenschutz-Folgenabschätzung
- 91 Erforderlichkeit einer Datenschutz-Folgenabschätzung
- 92 Thematische Datenschutz-Folgenabschätzung

- 93 Datenschutz-Folgenabschätzung bei Behörden
- 94 Konsultierung der Aufsichtsbehörde
- 95 Unterstützung durch den Auftragsverarbeiter
- 96 Konsultierung der Aufsichtsbehörde im Zuge eines Gesetzgebungsprozesses
- 97 Datenschutzbeauftragter
- 98 Erstellung von Verhaltensregeln durch Verbände und Vereinigungen
- 99 Konsultation von Interessenträgern und Betroffenen bei der Ausarbeitung von Verhaltensregeln
- 100 Zertifizierung
- 101 Grundsätze des internationalen Datenverkehrs
- 102 Internationale Abkommen für angemessenes Schutzniveau
- 103 Adäquates Schutzniveau von Drittländern aufgrund eines Angemessenheitsbeschlusses
- 104 Kriterien für Angemessenheitsbeschluss
- 105 Berücksichtigung internationaler Abkommen für Angemessenheitsbeschluss
- 106 Überwachung und regelmäßige Überprüfung des Schutzniveaus
- 107 Abänderung, Widerruf und Außerkraftsetzung von Angemessenheitsbeschlüssen
- 108 Geeignete Garantien
- 109 Standard-Datenschutzklauseln
- 110 Verbindliche interne Datenschutzvorschriften
- 111 Ausnahmen für bestimmte Fälle internationaler Übermittlungen
- 112 Datenübermittlungen aufgrund wichtiger Gründe des öffentlichen Interesses
- 113 Nicht wiederholend erfolgende und nur eine begrenzte Zahl von Betroffenen betreffende Übermittlungen
- 114 Sicherstellung der Durchsetzbarkeit von Rechten und Pflichten bei Fehlen eines Angemessenheitsbeschlusses
- 115 Vorschriften in Drittländern die der Verordnung zuwiderlaufen
- 116 Kooperation zwischen den Aufsichtsbehörden
- 117 Errichtung von Aufsichtsbehörden
- 118 Kontrolle der Aufsichtsbehörden
- 119 Organisation mehrerer Aufsichtsbehörden eines Mitgliedsstaates
- 120 Ausstattung der Aufsichtsbehörden
- 121 Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörde
- 122 Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde
- 123 Kooperation der Aufsichtsbehörden untereinander und mit der Kommission
- 124 Federführende Behörde bei Verarbeitung in mehreren Mitgliedsstaaten
- 125 Kompetenzen der federführenden Behörde
- 126 Gemeinsame Beschlüsse
- 127 Unterrichtung der federführenden Behörde bei nationalen Verarbeitungen
- 128 Zuständigkeit bei Verarbeitung im öffentlichen Interesse
- 129 Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsbehörden
- 130 Berücksichtigung der Behörde bei der eine Beschwerde eingebracht wurde
- 131 Versuch einer gütlichen Einigung
- 132 Sensibilisierungsmaßnahmen und spezifische Maßnahmen
- 133 Gegenseitige Unterstützung und einstweilige Maßnahmen
- 134 Teilnahme an gemeinsamen Maßnahmen
- 135 Kohärenzverfahren
- 136 Beschlüsse und Stellungnahmen des Datenschutzausschusses
- 137 Einstweilige Maßnahmen
- 138 Dringlichkeitsverfahren
- 139 Europäischer Datenschutzausschuss
- 140 Sekretariat und Personal des Datenschutzausschusses
- 141 Recht auf Beschwerde

Seite 3 / 4

- 142 Vertretung von Betroffenen durch Einrichtungen, Organisationen und Verbände
- 143 Gerichtliche Rechtsbehelfe
- 144 Verwandte Verfahren
- 145 Wahlrecht des Betroffenen
- 146 Schadenersatz
- 147 Gerichtsbarkeit
- 148 Sanktionen
- 149 Sanktionen für Verstöße gegen nationale Vorschriften
- 150 Geldbußen
- 151 Geldbußenregelung in Dänemark und Estland
- 152 Sanktionsbefugnis der Mitgliedsstaaten
- 153 Verarbeitung zu journalistischen oder wissenschaftlichen, künstlerischen oder literarischen

Zwecken

- 154 Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten
- 155 Verarbeitung im Beschäftigungskontext
- 156 Verarbeitung für Archivzwecke und zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken
- 157 Informationen aus Registern und wissenschaftliche Forschung
- 158 Verarbeitung zu Archivzwecken
- 159 Verarbeitung zu wissenschaftlichen Forschungszwecken
- 160 Verarbeitung zu historischen Forschungszwecken
- 161 Einwilligung zur Teilnahme an klinischen Prüfungen
- 162 Verarbeitung zu statistischen Zwecken
- 163 Europäische Statistiken
- 164 Berufsgeheimnisse und andere Geheimhaltungsvorschriften
- 165 Keine Beeinträchtigung des Status der Kirchen und religiösen Vereinigungen
- 166 Delegierte Rechtsakte der Kommission
- 167 Durchführungsbefugnisse der Kommission
- 168 Anwendung des Prüfverfahrens für den Erlass von Durchführungsrechtsakten
- 169 Sofort geltende Durchführungsrechtsakte
- 170 Subsidiaritätsprinzip und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- 171 Aufhebung der RL 95/46/EG und Übergangsbestimmungen
- 172 Konsultation des Europäischen Datenschutzbeauftragten
- 173 Verhältnis zur RL 2002/58/EG

Nutzungshinweis: Auf dieses vorliegende Schulungs- oder Beratungsdokument (ggf.) erlangt der Mandant vertragsgemäß ein nicht ausschließliches, dauerhaftes, unbeschränktes, unwiderrufliches und nicht übertragbares Nutzungsrecht. Eine hierüber hinausgehende, nicht zuvor durch datenschutz-maximum bewilligte Nutzung ist verboten und wird urheberrechtlich verfolgt.